

Hauptausschuß  
23. Sitzung

24.09.1986  
hz-mm

### Aus der Diskussion

In Vertretung des verhinderten Abg. Dr. Farthmann (SPD) begrüßt der stellv. Vorsitzende, Abg. Dr. Heimes (CDU), die Teilnehmer an dieser ersten Sitzung des Hauptausschusses nach der Sommerpause.

Namens seiner Fraktion bittet Abg. Dr. Pohl (CDU) darum, möglichst in der nächsten Hauptausschußsitzung Erläuterungen des VGH-Präsidenten Dr. Bischoff zu dessen Vortrag "Justiz in der DDR" entgegenzunehmen, um die der Justizausschuß bereits gebeten habe, die Dr. Bischoff aber nur dem für den Verfassungsgerichtshof zuständigen Hauptausschuß geben wolle. An der Behandlung dieses Punktes sollten auch die Mitglieder des Justizausschusses teilnehmen. - Des weiteren beantrage die CDU-Fraktion, in der kommenden Sitzung eine Aktuelle Stunde zum Wahlrecht der Auslandsdeutschen in Anwesenheit des Innenministers und des Landeswahlleiters durchzuführen. - Der Hauptausschuß kommt überein, den beiden Petita zu entsprechen. Dabei sollen auf Anregung des Abg. Büssow (SPD) der Vortrag Dr. Bischoffs und die Aussprache darüber jeweils nicht mehr als eine halbe Stunde in Anspruch nehmen. -

Zu 1: Aktuelle Viertelstunde

Thema: Gegenwärtige Terroristensituation in Nordrhein-Westfalen

Den von der CDU-Fraktion erbetenen Bericht, der die Zeit vom 1. Januar 1986 bis heute umfassen soll, erstattet Staatssekretär Dr. Munzert (Innenministerium). Terroristische Anschläge und sonstige politisch motivierte Gewaltakte prägten seit Jahren die Sicherheitslage. Ihre Anzahl sei 1985 höher gewesen als in den vorangegangenen Jahren; die gleiche Tendenz lasse sich 1986 feststellen. 1985 seien im Bundesgebiet 331 und damit 80 Terroranschläge - rund 25 % - mehr verübt worden als 1984. Bei Sprengstoffanschlägen trete die zunehmende Tendenz noch klarer zutage: Sie hätten von 51 im Jahre 1984 auf 75 in 1985 um rund 50 % zugenommen. In gleicher Weise hätten sich die Zahlen in Nordrhein-Westfalen entwickelt. 1985 habe es insgesamt 86 solcher Anschläge gegenüber 41 im Vorjahr gegeben; die Zahlen für Sprengstoffanschläge lauteten 12 bzw. 8. 1986 müsse mit